

Rente mit 65: »Verantwortungslose Vogel-Strauss-Politik«



Prof. Axel Börsch-Supan,
Ph.D.,
Wirtschaftswissenschaftler
und Demographie-
Forscher

»Die Rente mit 67 muss in einer solch dramatischen Krise vom Tisch«, mit diesen Worten hat DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Debatte um das Renteneintrittsalter neu angestoßen. Angesichts der größten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik müsse sie zumindest ausgesetzt werden (...) Bei Ökonomen hingegen stößt die rentenpolitische »Rolle rückwärts« auf heftige Kritik. Auch der Rentenexperte und Demographie-Forscher Axel Börsch-Supan warnt im Tagebuch davor, den Kopf vor dem demographischen Wandel in den Sand zu stecken.

Mein spontaner Gedanke angesichts dieser DGB-Forderung war: Dies ist eine verantwortungslose Vogel-Strauss-Politik, die den Kopf vor dem demographischen Wandel in den Sand steckt. Eine Rücknahme der Rente mit 67 wäre unverantwortlich, weil wir in der langen Zeit, bis sie eintritt - nicht etwa 2012, sondern erst 2029 - etwa drei Jahre älter werden. Sie bedeutet also zwei Jahre länger arbeiten und ein Jahr länger die Rente genießen. Ich wiederhole: *ein Jahr längere Rente und nicht etwa zwei Jahre weniger*, wie es verfälschend dargestellt wird. Damit bleiben die Proportionen zwischen Lebensarbeitszeit und Rentenbezugszeit gerade erhalten. Ein guter Kompromiss. Alles andere wäre maß- und proportionslos.

Eine verkürzte Lebensarbeitszeit ist keinesfalls ein Mittel der Wahl. Denn es ist ein Irrglaube, dass eine verkürzte Lebensarbeitszeit mehr Jobs für die Jungen schafft. Ganz im Gegenteil: die Jungen werden durch die zusätzlichen Kosten der Frühverrentung weiter belastet. Das erhöht deren Lohnnebenkosten und macht es unattraktiver, sie einzustellen. Kein Wunder also, dass Länder mit vermeintlich »großzügiger« Frühverrentung auch eine höhere Jugend- und allgemeine Arbeitslosigkeit haben.

Macht das Renten- und Pensionseintrittsalter mit 67 Jahre Sinn, wenn tatsächlich derzeit die Hälfte aller Betriebe niemanden mehr beschäftigt, der älter als 50 Jahre ist? Auf diese viel gestellte Frage lautet meine Gegenfrage: Woran liegt denn das? Solange wir den Arbeitgebern die Frühverrentung subventionieren, werden sie das

ausnutzen und Strukturanpassungen auf dem Rücken der älteren Kollegen austragen. Solange wir das Vorurteil pflegen, dass ältere Mitbürger weniger leistungsfähig sind, anstatt deren Lebenserfahrung zu schätzen, wird sich daran wenig ändern. Solange wir nicht verstehen, dass der demographische Wandel eine Chance ist, die gewonnenen Jahre produktiv zu nutzen, sondern uns betonköpfig an Zahlen wie 60 oder 65 Jahre festhalten, ab denen der Mensch zum alten Eisen degradiert wird, wird man keinen Fortschritt machen. Deutschland diskriminiert besonders stark gegen Ältere und missachtet das Diskriminierungsverbot der EU, anstatt das Potential erfahrener Kollegen auszuschöpfen. Ein gutes Drittel der Arbeitnehmer, die vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden, fühlt sich ungerecht behandelt. Ein weiteres Drittel freut sich zunächst auf die gewonnene Freizeit, wünscht sich aber innerhalb der nächsten drei Jahre, sie wären noch beschäftigt, weil sie die sozialen Kontakte vermissen. Nicht jeder kann die Arbeit körperlich schaffen, das ist richtig, und diesen muss die Gesellschaft helfen, nicht zuletzt mit einer früheren Rente. Frühverrentung bei guter Gesundheit und einem vorhandenen Arbeitswillen ist jedoch menschenverachtend.

Die Menschen haben sich geändert. Wir stellen uns »die Alten« wie unsere Großeltern vor. Die wurden aber 50 Jahre früher geboren als wir. In diesen 50 Jahren ist die Lebenserwartung um fast zehn Jahre gestiegen, und wir sind - vor allem - viel gesünder geworden. Wir haben daher ein falsches Altersbild in den Köpfen: die jetzt 67jährigen sind im Durchschnitt mindestens so gesund wie die damals 57jährigen. Dazu kommt, dass wir ein falsches Berufsbild mit uns schleppen. Wir sind kein Volk von Dachdeckern. Wir verlangen nicht von diesen über 57jährigen, dass sie auf Dächern turnen, sondern dass sie ihre Erfahrung und ihre Menschenkenntnis in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft einbringen. Selbst ohne die fiskalischen Zwänge eines Landes, dem aufgrund des Pillenknicks die Steuer- und Beitragszahler ausgehen, müsste man die Lebensarbeitszeit verlängern, weil unser gesundes und einschränkungsfreies Leben länger geworden ist - es ist eine Frage der Lebensproportionen zwischen Arbeit und Ruhestand, die uns ansonsten aus den Fugen geraten. (...)

Der vollständige Artikel erschien auf dieGesellschafter.de am 27. Juni 2009.